

M1 Redezept – Ein Konzept zum Verfassen eines politischen Redebeitrages

Das **Redezept** kann Ihnen eine Hilfestellung beim Verfassen eines politischen Redebeitrages bieten. Es gliedert sich in zwei Teile: das *Fundament* und das *Gerüst*. Bei den einzelnen Aspekten handelt es sich nicht um verpflichtende Elemente eines Redebeitrages, sondern um eine Art Ideenspeicher.

I. Das Fundament: Zunächst sollten Sie Vorüberlegungen zum Inhalt, dem Ziel und der Adressatengruppe Ihres Redebeitrages anstellen. Die daraus zu ziehenden Konsequenzen werden Ihren gesamten Redebeitrag bedingen:

<i>Vorüberlegungen</i>	<i>Eigene Notizen / daraus folgende Konsequenzen</i>
Inhalt: Wovon handelt meine Rede? Welches Vorwissen muss ich mir im Vorfeld aneignen?	
Adressat: Für wen halte ich die Rede? Was bedeutet dies für mein Sprachregister?	
Intention: Welches konkrete Ziel soll meine Rede verfolgen? Welche sprachlichen Mittel benötige ich zur Überzeugung meiner Adressatinnen und Adressaten?	

II. Das Gerüst: Die folgenden Aspekte orientieren sich am Aufbau einer Rede. Sie sollen Ihnen als Gerüst dienen, anhand dessen Sie Ihre Rede aufbauen können. Nicht alle Elemente müssen sich in Ihrer Rede widerspiegeln.

	<i>Schritte zum Verfassen einer Rede</i>	<i>Eigene Notizen / daraus folgende Konsequenzen</i>
Einleitung	Aufmerksamkeit: Womit gewinne ich die Aufmerksamkeit des Publikums? Wie spreche ich das Publikum an?	
	Sympathie: Wodurch kann ich Wohlgefallen / Vertrauen gewinnen?	
	Thema: Inwiefern ist das Thema für die Zuhörer von Bedeutung? Wie leite ich zum Thema hin?	
Hauptteil	Situationsanalyse: Wie gestaltet sich die aktuelle Lage? Wie hat sich die Lage entwickelt?	
	Belege: Wodurch kann die Situationsanalyse begründet dargelegt werden?	
	Folgen: Welche Folgen ergeben sich aus der Situationsanalyse?	
	Idealvorstellung: Welche Chancen ergeben sich durch eine Veränderung?	
	Vorschläge: Wie könnte diese Veränderung ganz konkret ausgestaltet sein? Welche Argumente/Belege kann ich einbringen? Wie kann ich Argumente der Gegenposition entkräften?	
Schluss	Positionierung / Appell: Wie drücke ich meine Position klar und deutlich aus? Wie lautet die konkrete Aufforderung zum Handeln? Auf welche leitenden Kriterien nehme ich Bezug?	

Quelle: Autorentext

M2 Redefiguren

Es gibt eine Vielzahl an rhetorischen Mitteln – wohldosiert machen sie eine Rede erst interessant. Insbesondere wenn es Ihnen gelingt, bei Ihren Zuhörerinnen und Zuhörern Bilder im Kopf zu erzeugen.

Beispiele für Redefiguren:

Antithese

Gegenüberstellung gegensätzlicher Begriffe oder Aussagen.

Beispiele: „Der Geist ist willig, aber das Fleisch ist schwach.“; „Ein Rückschritt wäre es, Atomkraftwerke zu errichten. Fortschritt heißt, auf erneuerbare Energien zu setzen“.

Concessio

(Scheinbare) Akzeptanz eines Argumentes der Gegenposition, welches mit einem stärker vorgetragenen Gegenargument entkräftet oder widerlegt wird.

Beispiel: „Die Forderung, dass die Konjunktur angekurbelt werden muss, ist vollkommen richtig. Und es stimmt auch, dass dafür neue Investitionen notwendig sind. Aber diese Investitionen müssen doch von der Wirtschaft selbst kommen – und dürfen eben nicht durch Steuermittel finanziert werden.“

Correctio

Selbstberichtigung des Redners / der Rednerin durch Ersetzen eines schwächeren Ausdrucks durch einen aussagekräftigeren.

Beispiel: „Wir müssen unsere Stimme darum eindringlich – nicht eindringlich, sondern beschwörend – erheben.“

Diärese

Untergliederung eines Hauptbegriffes in mehrere Unterbegriffe; Detaillierung.

Beispiel: „In der gesamten Europäischen Union, in jedem einzelnen Mitgliedsland, hier in der Bundesrepublik Deutschland, müssen wir uns dieser Tatsache bewusst sein.“

Euphemismus

Schönfärbung. Ersetzen eines negativ besetzten Wortes durch eines, das freundlicher klingt.

Beispiele: „Preis Anpassung“ anstelle von „Preiserhöhung“, „Betriebsoptimierung“ anstelle von „Entlassungen“, „Fehltritt“ statt „Straftat“.

Hyperbel

Übertreibung.

Beispiele: „blitzschnell“, „im Schneckentempo“, „unschätzbar“.

Klimax

Stufenartige Steigerung, die vom weniger Bedeutsamen zum Bedeutsamsten vorgeht oder vom Kleinsten zum Größten steigert.

Beispiele: „Der Vorschlag ist nicht nur gut, er ist ganz hervorragend.“; „In unserer Gesellschaft herrscht grenzenloser Neid. Neid auf das Haus des Nachbarn, sein Auto, ja sogar auf seinen Thermomix.“

Logische Schlussfolgerung, Kette

Aufbau von Sätzen, sodass ein unumstößliches Gedankengebäude entsteht.

Beispiel: „Investitionen schaffen Arbeitsplätze. Wer Arbeit hat, verdient Geld und wird Steuern zahlen.“

Metapher

Übertragene Bedeutung, Versinnbildlichung, verkürzter Vergleich.

Beispiele: „Phrasen dreschen“; „Mauer des Schweigens“; „Wertpapiere, die im Keller der Banken liegen“, „jemandem den Wind aus den Segeln nehmen“

Prolepsis

Vorwegnahme eines Einwandes, der gegen das Vorgetragene erhoben werden könnte.

Beispiel: „Nun werden Sie vielleicht denken: ‚Das neue Sozialpaket ist doch mit unserem Haushalt gar nicht kompatibel‘. Ich kann Ihnen aber hiermit versichern, dass wir bereits alles genau durchgerechnet haben.“

Repetitio

Wiederholung, um wichtige Inhalte zu vermitteln bzw. den Fokus auf bedeutsame Stellen zu lenken.

Beispiele: „I have a dream“ bei Martin Luther King, „Yes, we can!“ bei Barack Obama.

Rhetorische Frage

Frage, auf die der Fragende keine Antwort erwartet, also um eine als Frage getarnte Aussage.

Beispiele: „Wollen wir nicht alle in Wohlstand und Sicherheit leben?“, „Wollen Sie diese einmalige Chance verstreichen lassen?“

Quelle: Autorentext

M3 Zehn Tipps für das Halten von Reden

Folgende Tipps können Ihnen beim Halten Ihrer Rede behilflich sein:

- 1. Stand:** Stehen Sie mit Ihren Beinen hüftbreit, stabil und ruhig. Ein solcher Stand wirkt nicht nur nach außen souverän, sondern verschafft Ihnen auch innere Sicherheit.
- 2. Expert*innenhaltung:** Stellen Sie sich stets vor, das Publikum hätte Ihnen eine Frage zum Thema gestellt, auf die sie mit Ihrer Rede antworten. Vergessen Sie nie: Sie sind der Experte/ die Expertin!
- 3. Ruhe:** Atmen Sie tief ein und aus, bevor Sie mit Ihrer Rede beginnen. Dies senkt die Aufregung.
- 4. Blick:** Lassen Sie den Blick einige Sekunden durchs Publikum schweifen, bevor Sie zu reden beginnen. Ein freundliches Lächeln verhilft Ihnen zu Sympathie bei Ihren Zuhörerinnen und Zuhörern.
- 5. Hände:** Halten Sie Ihre Hände vor dem Körper in Höhe des Bauchnabels. Von dort ergeben sich natürliche Gesten. Wenn Ihnen dies schwerfallen sollte: Nutzen Sie zur „Beschäftigung“ Ihrer Hände einen Stift, den Sie ruhig halten.
- 6. Intonation:** Nutzen Sie Ihre Stimme, um der Rede mehr Ausdruck zu verleihen. Betonen Sie rhetorische Mittel (z.B. rhetorische Fragen) besonders ausdrucksstark.

7. Pausen: Senken Sie die Stimme am Ende eines jeden Satzes. Haben Sie keine Angst vor Pausen: Sie dienen der Strukturierung der Rede und geben Ihren Zuhörerinnen und Zuhörern die Möglichkeit, Ihnen besser folgen zu können.

8. Gestik: Nutzen Sie die Kraft von Gesten. Die Hände können überzeugend und für alle sichtbar den Inhalt Ihrer Rede veranschaulichen und strukturieren (z.B. durch das Mitzählen mit den Fingern bei einer Aufzählung) oder Wichtiges betonen (z.B. durch einen erhobenen Zeigefinger).

9. Mimik: Durch Ihren Gesichtsausdruck vermitteln Sie nonverbale Inhalte, die das Gesagte unterstützen oder auch im Kontrast zu Ihren Worten stehen können. Ihre Rede wirkt dadurch interessanter und überzeugender.

10. Authentizität: Wichtig ist, wie Ihr Auftreten von den Zuhörerinnen und Zuhörern empfunden wird. Versuchen Sie, ein der Situation angepasstes und somit authentisches Bild von sich selbst zu präsentieren.

Quelle: Autorentext in Anlehnung an Hilde Malcomess (o.J.): Souverän auftreten: Zehn Tipps für Redner. Körpersprache, Stimme, Struktur und Gestik im Vortrag (<https://die-rede.de/zehn-tipps-fuer-redner/>; 20.9.2020)

M4 Beispielklausur zur Wirtschaftspolitik

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik MEMORANDUM 2018 Preis der „schwarzen Null“: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken

[...] Der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) rühmte sich damit, den „größten Niedriglohnsektor in der Europäischen Union geschaffen zu haben“. Dies ist leider richtig. Ohne die chronische Arbeitslosigkeit wäre die Umsetzung aber nicht möglich gewesen. Der gestiegene Druck auf Arbeitslose, auch prekäre Arbeit anzunehmen, die nachlassende Tarifbindung (inzwischen unterliegen nur noch 59 Prozent der abhängig Beschäftigten einem tariflich abgesicherten Beschäftigungsverhältnis) und damit letztlich die zunehmend erodierende Verhandlungsmacht der Gewerkschaften haben dazu beigetragen.

Die aus Sicht der Beschäftigten und Arbeitslosen seit Mitte der 1970er Jahre äußerst dürftige Arbeitsmarktlage ist von Unternehmerinnen und Unternehmern und ihren Verbänden mit Unterstützung der Politik, wozu auch SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu zählen sind, intensiv genutzt worden, um die Arbeitseinkünfte zu senken. Die nominalen Entgeltzuwächse lagen unterhalb der Produktivitäts- und Inflationsraten, sodass es zu einem Sinken der gesamtwirtschaftlichen Lohnquote kam. [...] Das Geld ist zu den Unternehmens- und Vermögens Einkommensempfängerinnen und -empfängern umverteilt worden. Deshalb kam auch die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der realen (inflationsbereinigten) Nettolöhne und -gehälter seit der Wiedervereinigung auf marginale 0,1 Prozent. Das heißt, die Beschäftigten haben von 1991 bis 2017 so gut wie nichts an realen Einkommenszuwächsen erhalten. [...] Dabei muss man sich immer wieder vor Augen halten, dass die Bruttolöhne und -gehälter je abhängig Beschäftigten in Deutschland im Jahr 2017 monatlich bei nur 2.861 Euro und netto bei 1.892 Euro gelegen haben. Um diese Durchschnittswerte gibt es jedoch eine starke Streuung. Die höheren Einkommen sind hier in den vergangenen Jahren durchaus gestiegen, während sich die unteren Einkommen deutlich schwächer entwickelt haben.

Auch das Vermögen ist in Deutschland stark ungleich verteilt. Den reichsten zehn Prozent der Bevölkerung gehören über 60 Prozent der Nettovermögen. Über 15 Prozent der Bevölkerung leiden hingegen unter Armut. Nach einer neuen Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) besitzen die 45 reichsten privaten Haushalte in Deutschland so viel wie die ärmere Hälfte der gesamten Bevölkerung zusammen. [...]

Ein wesentlicher Treiber der extremen Vermögenskonzentration ist dabei die Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkünften. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat hierauf mehrfach hingewiesen (zuletzt ausführlich im MEMORANDUM 2017). Die Konzentration von gewaltigem Reichtum führt unweigerlich dazu, dass Eliten so reich sind, dass sie ihren Reichtum nicht verkonsumieren können, sondern an den globalen Finanzmärkten spekulativ anlegen. Dies war die Hauptursache der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007. Die ungleiche Verteilung wurde aber nicht bekämpft. [...]

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik weist seit nunmehr 43 Jahren auf die dringende Notwendigkeit einer anderen Wirtschaftspolitik auch auf der nationalen Ebene hin. [...]

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat zudem immer wieder aufgezeigt und vorgerechnet (zuletzt ausführlich im MEMORANDUM 2017), dass eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung ohne eine drastische kollektive Arbeitszeitverkürzung in Richtung 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich nicht mehr möglich ist. Zusätzlich ist der Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors nötig, um vor allem Langzeitarbeitslosen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die neu zu schaffenden mindestens 500.000 Stellen müssen sozialversicherungspflichtig sein und ein existenzsicherndes Einkommen garantieren. Dabei muss es sich um neue gemeinwohlorientierte Stellen handeln, die von regionalen Beiräten zu vergeben sind. Eine Arbeitszeitverkürzung ist dabei gleichzeitig auch ein Instrument zur Abschöpfung der hohen funktionslosen und völlig ungleich verteilten Nettogeldvermögensbildungen in den privaten Haushalten und Unternehmen. Dadurch würde sich zwar die Rentabilität der Unternehmen verschlechtern. Diese bewegt sich aber auf einem sehr hohen Niveau. [...]

Die Einführung eines von Anfang an mit 8,50 Euro brutto je Stunde zu niedrig angesetzten gesetzlichen Mindestlohns hat zu wenig zur Verbesserung der prekären Lage an den Arbeitsmärkten und der allgemeinen Lebenssituation beigetragen. Zwar ist die Zahl der Beschäftigten mit Niedriglöhnen von 20 Prozent (2014) auf 17 Prozent (2016) zurückgegangen. Doch trotz des Gesetzes bekamen 2016 rund 2,7 Millionen Beschäftigte in Deutschland nicht den gesetzlichen Mindestlohn, wie gerade eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) herausgefunden hat. So verdienten 2016 rund 43 Prozent der Beschäftigten in privaten Haushalten weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Im Hotel- und Gaststättengewerbe waren es 38 Prozent, im Einzelhandel etwa 20 Prozent. Auch wenn der zurzeit geltende gesetzliche Mindestlohn von 8,84 Euro zum Jahreswechsel 2018/2019 voraussichtlich um 4,8 Prozent auf 9,19 Euro steigen sollte, ist er immer noch ein Armutslohn. Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik fordert deshalb einen Mindestlohn von brutto 12,00 Euro die Stunde. Dies würde bei einer 35-Stunden-Woche einem Bruttoarbeitsentgelt von 1.806 Euro pro Monat entsprechen.

Für den dringend notwendigen sozialökologischen Umbau wiederholt die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik die schon alte Forderung nach einem staatlichen Investitions- und Ausgabenprogramm von jährlich 120 Milliarden Euro. Die Ausgaben verteilen sich auf die Bereiche Bildung (25 Milliarden Euro), Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung (15 Milliarden Euro), kommunale Ausgaben (10 Milliarden Euro), sozialer Wohnungsbau und energetische Gebäudesanierung (20 Milliarden Euro), lokale Pflegeinfrastruktur (20 Milliarden Euro) und zusätzliche Arbeitsmarktausgaben (30 Milliarden Euro), inklusive der Mittel für eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze. [...]

Anmerkung

In der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (auch: „Memorandum-Gruppe“) arbeiten Wirtschaftswissenschaftler*innen sowie Gewerkschafter*innen an der Entwicklung wirtschaftspolitischer Vorschläge und Perspektiven.

Quelle: Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik e.V. (2018): Memorandum 2018. Preis der „schwarzen Null“: Verteilungsdefizite und Versorgungslücken, Kurzfassung, Bremen, S. 10-16. (www.alternative-wirtschaftspolitik.de/kontext/controllers/document.php/24.f/8/45fd8cb802e3aeb0576d743ec040ab; 20.9.2020)

Aufgabenstellung

- Beschreiben Sie die gesamtwirtschaftlichen Ziele, wie sie im Stabilitätsgesetz der Bundesrepublik Deutschland formuliert sind und stellen Sie zwei verschiedene Zielbeziehungen dar.
- Analysieren Sie den Text in Hinblick auf die Position und Argumentation der Arbeitsgruppe zur Wirtschaftspolitik.
- Gestalten Sie als ein unabhängiger Wirtschaftsexperte / eine unabhängige Wirtschaftsexpertin einen für den Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestages bestimmten Redebeitrag zum Thema: „Wie sollte die deutsche Wirtschaftspolitik zukünftig ausgerichtet werden?“. Beziehen Sie sich dabei auf zwei Forderungen der Arbeitsgruppe „Alternative Wirtschaftspolitik“ und bringen Sie einen eigenen Vorschlag zur künftigen Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik ein.

M5 Möglicher Erwartungshorizont der Teilaufgabe Gestaltung

	Anforderungen	Punkte
	Der Prüfling	
1	verfasst einen auf das Thema bezogenen Redebeitrag unter Berücksichtigung von Adressat*innenkreis, Anlass und inhaltlichem Bezug, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> – Einbezug der Adressat*innen (einleitend und im Verlauf der Rede, z.B. durch Ansprache der anwesenden Politiker*innen, Bezugnahme zum Stabilitätsgesetz, Hinweis auf zu lösende wirtschaftliche Herausforderungen etc.) – Zum Anlass/Rahmen der Rede in Form sowie inhaltlicher Komplexität passend – Bezugnahme auf die künftige Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik und/oder auf die Forderungen der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik – Hinführung zu dem inhaltlichen Aspekt (s.u.) 	4
2	bezieht sich auf eine erste Forderung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> – Forderung nach einem Mindestlohn in Höhe von 12 Euro pro Stunde: Eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 12 Euro käme im Vergleich zu den ab 2020 geltenden 9,35 Euro einer Steigerung von knapp 30 Prozent gleich. Die Lohnkosten der Unternehmen würden beträchtlich steigen und somit die internationale Wettbewerbsfähigkeit herabgesetzt werden. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen würde abnehmen und Unternehmen ihre Produktion in das lohnstückkostengünstigere Ausland verlagern. Entlassungen bzw. nicht-erfolgende Neueinstellungen sind die Konsequenz. Oder: <ul style="list-style-type: none"> – Forderung nach einem staatlichen Investitions- und Ausgabenprogramm von jährlich 120 Milliarden Euro: Staatliche Investitionen könnten zu einem Rückgang privater Investitionen führen. Die Regierung müsste vielmehr den Privatsektor dazu befähigen, mehr zu investieren und sollte sich mit staatlichen Investitions- und Ausgabenprogrammen deutlich zurückhalten. Sofern staatliche Investitionen getätigt werden, so müssen diese langfristig und sinnvoll geplant werden. Wachstumswirksam wären, wie auch von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik unter anderem gefordert, höhere Ausgaben für die Stärkung und Ausweitung der Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung sowie zusätzliche Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und Bildung. Die anderen von der Arbeitsgruppe genannten Investitionsbereiche (bspw. Erhöhung des Hartz-IV-Satzes) sind kritisch zu betrachten bzw. abzulehnen. 	6
3	bezieht sich auf eine zweite Forderung der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Beispiele siehe oben.	6
4	bringt einen eigenen Vorschlag zur künftigen Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik ein, z.B.: <ul style="list-style-type: none"> – Senkung der Unternehmenssteuern: Durch das Schaffen von Bedingungen in der Marktwirtschaft, welche die Angebotsseite (Unternehmen) unterstützen, wird die Investitionsaktivität der Unternehmen gefördert. Dies wiederum schafft neue Arbeitsplätze. Die Arbeitnehmer*innen investieren ihr durch den neuen Arbeitsplatz erworbenes Kapital in die Wirtschaft und sorgen somit für einen Anstieg der Nachfrage. Der Nachfrageanstieg bietet den Arbeitgeber*innen in der Folge die nötige finanzielle Grundlage um weiter Investitionen zu tätigen, welche folglich wieder neue Arbeitsplätze schaffen. Ein hoher Beschäftigungsstand ist die Folge. Oder: <ul style="list-style-type: none"> – Aufweichung des Kündigungsschutzes: Die Bundesrepublik Deutschland hat die strengsten Bestimmungen für reguläre Beschäftigungsverhältnisse in der OECD. Die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber muss bei einer Kündigung nicht nur nachweisen, dass die Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers in einer anderen Funktion nicht möglich ist, sondern auch eine Sozialauswahl durchführen. Die verpflichtende, parallele Anwendung beider Aspekte führt zu einem Verlust deutscher Wettbewerbsfähigkeit und damit zu Arbeitsplatzverlusten. Durch die Aufweichung des Kündigungsschutzes ist ein angemessenes Wirtschaftswachstum auch in Zukunft möglich. 	6
5	gestaltet unter Verwendung geeigneter argumentativer Techniken einen Redebeitrag mit der deutlich erkennbaren Intention das Publikum von der eigenen Position zur künftigen Ausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik zu überzeugen z.B. durch: <ul style="list-style-type: none"> – eine widerspruchsfreie Argumentation und klar begründete Positionierung, – Aufwertung der eigenen und Abwertung der Gegenposition durch den Einsatz argumentativer Techniken, – einen expliziten Bezug auf leitende Kriterien (z.B. Gerechtigkeit, Finanzierbarkeit, soziale Gerechtigkeit), – einen motivierenden Appell oder andere, kreative, die Zuhörerschaft überraschende Elemente 	8
6	erfüllt ggf. ein weiteres aufgabenbezogenes Kriterium (3)	
	Summe 3. Teilaufgabe	30